

Fronten in Beratzhausen verhärtet

Landrat Herbert Mirbeth versuchte im Haushaltsstreit des Marktes zu vermitteln. Nicht einmal eine gemeinsame Erklärung kam im Anschluss zusammen.



Die aktuelle Pro-Kopf-Verschuldung liegt im Markt Beratzhausen bei 1930 Euro. Foto: MZ-Archiv

Beratzhausen. Zum Vermittlungsgespräch lud Landrat Herbert Mirbeth Bürgermeister Konrad Meier, dessen Stellvertreter Josef Hauser und Wolfgang Weiss sowie die Vertreter der politischen Gruppierungen im Beratzhausener Marktrat (Andreas Niebler, CSU, Gerhard Rinkes, SPD, Alois Dürr, UB und Martin Tischler, FW) in den Beratzhausener Zehentstadel ein.

Anlass war die Behandlung bzw. Nichtbehandlung eines „Eilantrags“ der drei Gruppierungen SPD, UB und FW aus dem Marktgemeinderat vom 13.10.2013 sowie der Dienstaufsichtsbeschwerde dieser Gruppierungen vom 09.12.2013. Hintergrund ist die schlechte wirtschaftliche Lage des Marktes. Das Gespräch brachte keine vollständige Übereinstimmung. Dies wurde in der Pressemitteilung des Landratsamts am Donnerstagmittag deutlich. Während das Landratsamt in dem mit den Fraktionen abgestimmten Schreiben die Überschrift „Haushalt muss konsolidiert werden“ wählte, wollten die Fraktionen SPD, FW und UB die Überschrift „Bürgermeister muss Konsolidierungsgespräche führen“.

In dem Text der Pressestelle heißt es: „Die Haushaltslage Beratzhausens ist zwar von einem hohen Stand der Verbindlichkeiten gekennzeichnet, die „Rote Linie“ für ein Einschreiten der Rechtsaufsicht aber ist noch nicht gegeben. Dies stellte Landrat Herbert Mirbeth am vergangenen Montag im Rahmen eines Vermittlungsgesprächs mit den Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden im Beratzhausener Zehentstadel fest. Rechtsaufsichtliche Beratung aber sei sehr wohl angebracht und in diesem Zusammenhang drängte Mirbeth auf eine schnelle Zusammenkunft aller Beteiligten, um ein Konsolidierungskonzept auf den Weg zu bringen. Am 8. Februar soll eine erste Zusammenkunft hierzu stattfinden.“

Die mittelfristige Haushaltskonsolidierung wurde dem Beratzhausener Bürgermeister und dem Marktgemeinderat Beratzhausen vom Landratsamt in den zurückliegenden Jahren mehrfach ans Herz gelegt, nachdem Beratzhausen inzwischen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.930 Euro deutlich über dem Durchschnitt (853 Euro) vergleichbarer Gemeinden in Bayern liege.

Auch im Genehmigungsschreiben des Landratsamtes zum Haushalt 2013 mahnte die Rechtsaufsicht im August 2013 an, ein Konsolidierungskonzept vorzulegen.

Darauf bezog sich dann ein „Eilantrag“ der Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und der Unabhängigen Bürger, den die Vorsitzenden Gerhard Rinkes, Alois Dürr und Martin Tischler am 17. Oktober bei Bürgermeister Konrad Meier einreichten.

Sie bezogen sich auf das Schreiben des Landratsamtes, das aussagt, dass die Pro-Kopf-Verschuldung des Marktes zum Ende des Haushaltsjahres auf 2.257,60 € steigen wird. Hier ist nach Auffassung der Fraktionen sehr wohl eine rote Linie überschritten. Dieser Antrag genügte jedoch nicht den formellen Erfordernissen für eine kurzfristig einzuberufende Sitzung, denn es hätten mindestens fünf Räte unterzeichnen müssen. Nach Ansicht der drei Fraktionen vertreten aber die Unterschriften der drei Fraktionssprecher zehn Markträte. Da die Bayerische Gemeindeordnung aber keine „Fraktionen“ kenne, war nach der Erläuterung des Landratsamts der „Eilantrag“ rechtlich unwirksam.“

Hier legen die Fraktionen Wert auf die Feststellung, dass sie dies als nicht angemessene bürokratische Auslegung betrachten, weil die drei Fraktionen aus zehn Markträten bestehen.

In der von den Fraktionen und dem Landratsamt heißt es weiter: „Als „einfachen“ Antrag, das Thema innerhalb von drei Monaten im Gemeinderat behandeln zu lassen, habe man nach Meinung des Landratsamtes diesen Antrag aber schon betrachten können, nach Meinung der Antragssteller aber müssen. Da gegenüber den Antragstellern sowohl vom Bürgermeister wie auch von der Kommunalaufsicht keine Aufklärung hierüber erfolgte, reichten die drei Fraktionsvertreter am 9. Dezember eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister beim Landratsamt ein. Daraufhin bot Landrat Herbert Mirbeth seine Vermittlung an und lud nun für vergangenen Montag die Beratzhausener Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden zu einer Gesprächsrunde in den Zehentstadel ein.

Beratzhausen müsse natürlich dringlich an die Erarbeitung eines Konsolidierungskonzeptes herangehen, meinte der Landrat, der zunächst kein Verständnis dafür zeigte, dass der Bürgermeister das Thema trotz wiederholter Aufforderung durch Vertreter aller Fraktionen in der Vergangenheit nicht schon früher auf die Tagesordnung setzte. „Ich verstehe das Verhalten schon deshalb nicht, weil es ja nicht allein nur die Schulden des amtierenden Bürgermeisters sind“, sondern aus der Gesamtabwägung des Gemeinderats Vergangenes und Künftiges bewertet und dann entschieden werden müsse“, so Mirbeth. Das Landratsamt kann dem Bürgermeister und Gemeinderat diese Entscheidungen nicht abnehmen, denn schließlich ist es ja garantiertes Selbstverwaltungsrecht, innerhalb dessen man sich bewege. Erst wenn die Leistungen für Zins und Tilgung nicht mehr erbracht werden könnten, wäre die „Rote Linie“ nach der Erläuterung des Landrats überschritten. Verantwortungsvolles Handeln aber setze natürlich schon vorher ein und deshalb müsse sich der Marktrat auf ein Sparkonzept einigen, das wohl auch den mittelfristigen Verzicht auf große Investitionen einschließe. Diese Vorgehensweise werde aber von den Fraktionen der SPD, UB und FW seit fünf Jahren erfolglos von Bürgermeister Meier eingefordert, verdeutlichten deren Sprecher. Bürgermeister

Meier verweist in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf, dass ein Großteil der Gesamtverbindlichkeiten von 8,6 Millionen Euro (Stand 31.12.2012) sog. „rentierliche“ Schulden seien, also Schulden für die Pflichtaufgaben der Gemeinde (etwa Abwasser, Kanal, Straßen). Diese rentierlichen Schulden könnten über Beiträge etc. wieder refinanziert werden.

Weil nun der erwähnte Antrag der drei Fraktionen die Führung so einer Sparkommission in die Hände des 2. und 3. Bürgermeisters geben wollte, verwies das Landratsamt bei dem Gespräch ausdrücklich auf die Kompetenzregelung der Bayerischen Gemeindeordnung, die diese Aufgabe eindeutig dem 1. Bürgermeister zuweise. Dies werde das Landratsamt nun auch in der abschließenden Beurteilung des „Eilantrags“ und der Dienstaufsichtsbeschwerde ausführlich darstellen und damit dem Wunsch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Gerhard Rinkes entsprechen, der einen formalen Abschluss der kommunalrechtlichen Beurteilung wünschte. Rinkes will dies schon deshalb schriftlich haben, weil die Fraktionen feststellen mussten, dass der Bürgermeister diese Pflicht nicht erfüllt habe. Deshalb wollte man ein Konsolidierungskonzept unter der Führung des 2. und des 3. Bürgermeisters mit allen Fraktionssprechern erarbeiten, sozusagen als letztes Hilfsmittel, weil die Marktgemeinderäte ihre Verantwortung sehr ernst nehmen. Am Ende aber drängte Landrat Mirbeth auf einen schnellen Beginn der Konsolidierungsgespräche, die nun am 8. Februar im Rahmen eines Grundsatzgesprächs beginnen und schließlich in die entscheidende Haushaltssitzung einmünden sollen.

Am Ende des Gesprächs konnte der Landrat den Marktgemeinderäten aber auch noch Mut machen: Die vor kurzem fertig gestellte überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2010 bis 2012 des Marktes Beratzhausen durch den Kommunalen Prüfungsverband ergab, dass der Markt über eine zufrieden stellende finanzielle Bewegungsfreiheit verfügt. Die Jahresrechnungen fielen stets besser aus als die Prognosen in den Haushaltsplänen. Dies lag daran, dass die Prognosen der Kämmerei extrem vorsichtig waren und sich Investitionen immer wieder hinausschoben.“

In einer abweichenden Passage stellen die drei Fraktionen fest, dass Beratzhausen durch die seit fünf Jahren verspätete Haushaltsvorlegung des Bürgermeisters ein Investitionstau in Höhe von mehreren Millionen Euro entstanden sei.

Die mit den Fraktionen abgestimmte Erklärung des Landratsamts schließt mit einer Bemerkung aus dem Bericht des Prüfungsverbands, wonach die Kassenlage des Markts Beratzhausen in den Berichtsjahren angespannt gewesen sei und in allen Berichtsjahren Rücklagen fast vollständig zur Kassenbestandsstärkung eingesetzt worden seien.“. Dies zeige, dass es trotzdem dringend notwendig sei, bereits jetzt einen Ansatz für die Konsolidierung des Haushalts zu schaffen, um langfristig von der Verschuldung wieder runterzukommen, so Mirbeth.